



## Presseinformation

München, 11. Mai 2022

### **ÖPNV Bayern: Busse bleiben stehen! Protestaktion Dieselpreise & 9-Euro-Ticket: Busunternehmen streiken am Freitagmorgen, 13. Mai 2022**

**Aufgrund der exorbitant hohen Dieselpreise und weiterhin ausbleibender finanzieller Hilfen sehen sich die mittelständischen bayerischen Busunternehmen gezwungen, mit einer Protestaktion auf ihre Lage im Zuge der Energiekrise sowie des geplanten 9-Euro-Tickets aufmerksam zu machen. Am Freitag, 13. Mai 2022 bleiben ab Betriebsbeginn bis 09.00 Uhr morgens in vielen Teilen Bayerns Busse im Linien- und Schülerverkehr stehen.**

Viele familiengeführte Verkehrsbetriebe sehen aufgrund der Dieselpreisexplosion und den pandemiebedingten Fahrgeldausfällen keinen anderen Ausweg mehr. Trotz angekündigter staatlicher Hilfen ist bislang kein Geld geflossen. Seit Monaten tragen die Verkehrsunternehmen die Mehrkosten aus der eigenen Tasche. Die Gespräche mit Bund und Land blieben bisher ergebnislos. Das Land verweist auf den Bund, der Bundesverkehrsminister mauert.

Eine zentrale Rolle kommt aber auch den Landkreisen zu. Den LBO erreichen immer mehr Hilfeschreie, sowohl von Genehmigungsinhabern als auch von Subunternehmen. „Einige Aufgabenträger haben die Not der Busunternehmen erkannt und konkrete Hilfe zugesagt oder die Preise bereits angepasst“, so LBO-Geschäftsführer Stephan Rabl. „Doch viele Landkreise haben es noch nicht verstanden. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Viele Betriebe stehen aufgrund der Dieselpreisexplosion kurz vor der Zahlungsunfähigkeit – wobei die Coronapandemie den Boden bereitet hatte“, warnt der LBO-Geschäftsführer.

Hinzu kommt jetzt noch das 9-Euro-Ticket, dessen staatliche Finanzierung nicht abgesichert ist und nun ebenfalls droht, auf dem Rücken der Verkehrsbetriebe zu landen. „Die Anerkennung des 9-Euro-Tickets durch die Verkehrsunternehmen vor Ort darf und kann erst erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass die Betriebe die fehlenden Fahrgeldeinnahmen erhalten - und zwar nicht erst im Nachhinein sondern im Voraus“, fordert Rabl.

„Unsere finanzielle Lage und damit die Sicherstellung der Mobilität im ÖPNV stehen auf dem Spiel“ beschreibt Sandra Schnarrenberger, LBO-Präsidentin und Busunternehmerin aus Neu-Ulm die Lage. „Es ist ein Hilfeschrei der Unternehmen, um zu zeigen, was ohne finanzielle Unterstützung eintreten wird: Die Schüler kommen morgens nicht in die Schule und Berufstätige nicht zu ihrem Arbeitsplatz. Wir können die Grundversorgung der Bevölkerung im Nah- und Schülerverkehr nur garantieren, wenn wir auch mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet werden“, so die LBO-Präsidentin.

„Wir brauchen jetzt endlich einen schnellen finanziellen Ausgleich von unseren Aufgabenträgern. Und diese müssen endlich Druck auf Land und Bund machen, ihre Versprechungen einzulösen. Uns helfen auch keine Abschlagszahlungen mehr. Wenn die Politik nicht einlenkt und die Aufgabenträger die Preise nicht anpassen, müssen wir unsere Busse bald ganz stehen lassen“, mahnt LBO-Vizepräsidentin und Busunternehmerin aus Burghausen, Isabelle Brodschelm.

Einen Vorgeschmack wird es am kommenden Freitag geben. In vielen Landkreisen werden bis 9 Uhr früh die Verkehre ausfallen. Übersichten, welche Linien/Fahrten in den einzelnen Regierungsbezirken betroffen sind, werden [hier](https://www.lbo-online.de/presse.html) veröffentlicht (unter <https://www.lbo-online.de/presse.html>).

Ansprechpartner für Presserückfragen: Stephan Rabl, Tel.: 0176-20 80 50 92